

NÖ Landeskorrespondenz

Landtag aktuell

19. Mai 2011

Sitzung des NÖ Landtages

Zwei Aktuelle Stunden

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung wurde **Rene Lobner** (VP) als **Abgeordneter** angelobt. In der Folge gab Präsident Penz die entsprechenden Umbesetzungen in den jeweiligen Ausschüssen bekannt.

Es folgte eine **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Der intensive Ausbau der erneuerbaren Energie in Niederösterreich als Antwort auf das Nein zum Atomstrom darf nicht durch das neue Ökostromgesetz blockiert werden**“.

Abgeordneter Ing. Franz **R e n n h o f e r** (VP) meinte, dass in Niederösterreich ein klares Ja zur erneuerbaren Energie gelte, was gleichzeitig ein klares Nein zu Kernenergie und Atomstrom bedeute. Dies gelte seit vielen Jahren in Niederösterreich und sei klare Linie der Politik. Beispielsweise gebe es hierzulande seit über 25 Jahren Biomasseheizwerke. 2011 würde eine Wende im Umgang mit der Energie bringen, es gehe um die Forcierung erneuerbarer Energie in allen Bereichen. Niederösterreich habe hier bereits viel Vorarbeit geleistet und sei Vorreiter. Allerdings seien neue und mehr Möglichkeiten im Bereich Ökostrom notwendig. Dies würde auch Chancen für die Schaffung neuer und anderer

Arbeitsplätze als man sie derzeit kenne, bedeuten. Die aktuelle Kritik der Arbeiterkammer in diesem Bereich bezeichnete er als „unvorstellbar“.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, dass diese Debatte aktuell und wichtig und daher zu begrüßen sei. Die Novelle zum Ökostromgesetz des Bundesministers sei nicht zufriedenstellend. Dieser Entwurf würde nicht den maximalen Ausbau der Energie sichern und auch nicht die benötigten Rahmenbedingungen schaffen. Er sei zudem umwelt- und wirtschaftsfeindlich und würde green jobs vernichten. Aus Niederösterreich sei daher ein klares Nein zu diesem Entwurf zu sagen. Weiters merkte er zur aktuellen Debatte an, dass die Antragsteller dieser Aktuellen Stunde derselben Partei angehören würden wie der zuständige Bundesminister und sprach in diesem Zusammenhang von „Scheinheiligkeit“. Die geäußerte Kritik an der Arbeiterkammer sei in Ordnung, jedoch gelte es, fair zu diskutieren; zur Überlegung der Schließung von Biogasanlagen müsse auch festgehalten werden, dass die Förderrichtlinien für diese Anlagen von der Politik beschlossen worden seien. Die Novelle sei abzulehnen, die VP solle mit ihren Verbündeten sprechen.

Abgeordneter Josef E d l i n g e r (VP) meinte, die Aktuelle Stunde habe bereits im Vorfeld gezeigt, dass die vorliegende Ökostromnovelle nicht den Vorstellungen der Parteien des NÖ Landtages entspreche. Es handle sich hier um ein wichtiges Zukunftsthema, daher müsse eine langfristige Strategie ausgearbeitet werden. Der aktuelle Gesetzesentwurf enthalte hievon keine Anzeichen. Der Ausbau des Ökostromgesetzes dürfe nicht behindert werden. Als Maßnahmen, die in Niederösterreich im Bereich erneuerbare Energien gesetzt worden sind, nannte er u. a. die Energieberatung NÖ, die Vorreiterrolle im Bereich Photovoltaik oder auch die Tatsache, dass die Hälfte aller Windräder und der Großteil der Nahwärmeanlagen in Niederösterreich zu finden seien. Die erneuerbare Energie sei eine große Chance für

den ländlichen Raum, bringe regionale Wertschöpfung und sichere Arbeitsplätze. Das Ökostromgesetz müsse in die entsprechende Richtung gebracht werden.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meinte, man erlebe zurzeit ein neues Kapitel der Schuldzuteilungen beim öffentlichen Verkehr. Das bringe nichts und sei für Niederösterreich die schlechteste Alternative überhaupt. Im Bereich der Ökoenergie noch immer von Deckelung zu sprechen, sei widersinnig. Insbesondere nach Fukushima sei das vollends unmöglich geworden. Die geplante Erdgasleitung zerstöre nicht nur vor allem in der Semmering-Region wertvolle Landschaft nachhaltig, sondern sei zudem hochriskant.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) sprach von Divergenzen zwischen der Landes- und Bundes-VP. Für einen Schulterschluss im Landtag sei die heutige Diskussion nicht zielführend. Von Niederösterreich sei demgegenüber entsprechender Druck in Richtung Bund aufzubauen, die Angelegenheit sei von VP und SP hausgemacht.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) stellte fest, die gesamte SP NÖ sei gegen die vorliegende Ökostrom-Novelle und mache auch niemandem „die Mauer“. Der Punkt der sozialen Gerechtigkeit müsste aber sehr wohl diskutiert werden. Verantwortlich für den Wortlaut der Novelle sei der VP-Wirtschaftsminister, die Arbeiterkammer als einzig Schuldigen hinzustellen, sei „unfair“. Weder Arbeiterkammer noch Industriellenvereinigung könnten ein sinnvolles Ökostromgesetz verhindern. Der Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie drohe „ein Begräbnis ersten Ranges“ zu werden. Angesichts mancher Förderkulissen vermisse er klare Signale für eine Energiewende, in vielen Bereichen würden Strafzahlungen drohen. Der Schlüssel zum Erfolg sei ein modernes Ökostromgesetz, der vorliegende Entwurf schaffe nur zusätzliche Barrieren.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) meinte in einer tatsächlichen Berichtigung, er habe nicht von Zustimmung der SP NÖ gesprochen, sondern davon, dass Landeshauptmann-Stellvertreter Leitner der Stellungnahme der Landesregierung zugestimmt, mit seinen „Freunden von der Arbeiterkammer“ aber anders gehandelt habe.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) sprach von tollen Förderungen bei thermischer Sanierung und Photovoltaik in Niederösterreich. Derzeit gebe es bereits rund 33.000 „green jobs“ mit einem Umsatz von ca. sechs Milliarden Euro. Die NÖ Strategie bis 2015 bzw. 2020 wäre mit einem vernünftigen Ökostromgesetz, möglichst ohne Deckelung, leicht erreichbar. Die Arbeiterkammer wehre sich, weil sie fürchte, dass die Haushaltskunden die Hauptzeche zu zahlen hätten. Das sei falsch verstandener Konsumentenschutz. Die VP stehe hinter allen NiederösterreicherInnen und sei stolz auf die eigene Meinung.

Landesrat Dr. Stephan P e r n k o p f (VP) betonte, Niederösterreich habe eine Vorbild- und eine Leuchtturmfunktion. Die länderübergreifende Allianz mit Oberösterreich zeige, dass man gut unterwegs sei. Die VP sei für einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energie, die SP in der Geiselhaft der Arbeiterkammer. Beim Ökostromgesetz müsse der Deckel weg, die Warteliste mit in Niederösterreich 200 baureifen Windkraftanlagen und 4.500 Photovoltaikanlagen müsse abgebaut werden und die Umsetzung müsse rasch erfolgen. Niederösterreich werde weiter dafür kämpfen.

Eine weitere **Aktuelle Stunde** wurde zum Thema **„Mehr Privat – weniger Staat brachte Schließung der Tabakfabrik Hainburg, daher keine weiteren Privatisierungen von Landes- und Bundesbeteiligungen!“** abgehalten.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) meinte im Hinblick auf die Entwicklungen bei der Austria Tabak in Hainburg, dass Privatisierungen gefährlich

sein können und dass das Dogma „Alles verkaufen!“ nicht langfristig gedacht sei. In diesem Zusammenhang könne man von Glück reden, dass in Niederösterreich der Energieversorger in Verfassungsrang stehe. Auch gegen eine Privatisierung etwa der Bundesforste müsse man sich aussprechen, hier gehe es unter anderem um unser Wasser. Kritische Worte fand er für die Idee einer Flughafen-Privatisierung. Der Flughafen werfe jedes Jahr satte Gewinne in Form von Dividenden ab. Es sei nicht klug, hier zu verkaufen, das Geld sei aus dem Bundesland nicht wegzudenken. Abschließend wies er darauf hin, einen Resolutionsantrag niederschreiben zu wollen, der denselben Inhalt wie seinerzeit der Antrag zur EVN aufgewiesen habe.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) brachte zum Ausdruck, dass sowohl mehr privat als auch mehr Staat unsachlich und gefährlich sein könnten und sagte, dass Privatisierungen keine VP-Erfindung seien. Allerdings sei es der falsche Weg, sich einzubetonieren und nachzudenken. Laut einer Umfrage wäre ein Großteil der BürgerInnen der Meinung, dass der Staat zuviel Einfluss in der Wirtschaft habe. Weiters hielt er fest, dass man zu diesem Thema konstruktiv und gemeinsam arbeiten müsse. Man wolle die eigenen Beteiligungen, die gut wirtschaften, weiter begleiten. In Fragen der Privatisierung gelte es, stets vernünftig darüber nachzudenken, was ein Unternehmen nachhaltig sichert. Eine grundsätzliche wirtschaftspolitische Einbetonierung jedoch sei „höchst gefährlich“; die Austria Tabak sei das schlechteste Beispiel, um sich einzubetonieren.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) sagte, dass durch die Entwicklungen bei der Austria Tabak ihr Heimatbezirk speziell betroffen sei, wobei hier das Einkommensniveau bereits bei – 11 Prozent liege. Die Schließung der Tabakfabrik Hainburg sei ein Paradebeispiel für die negativen Folgen der Privatisierungspolitik, die nur dazu diene, die Budgets zu sanieren. Das Motto „Mehr Privat, weniger Staat“

habe sich endgültig überholt. In Bezug auf die freie Marktwirtschaft müsse man endlich umdenken.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) betonte, es sei an der Zeit, dass sich die SP mit der eigenen Geschichte auseinandersetze. Als die Austria Tabak auf dem Markt geworfen worden sei, sei das unter SP-Regie passiert. Auch den Börsengang der EVN habe die SP mitbeschlossen. Zuerst mitzustimmen und sich dann zu absentieren, sei nicht mehr akzeptabel. Die Menschen mit einer Aktuellen Stunde aufzuwiegeln, sei mehr als entbehrlich.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sagte, es werde auch in Zukunft notwendige Privatisierungen geben. Dem Verkauf des Familiensilbers in fundamentalen Aufgaben des Staates, der Länder und Gemeinden müsse aber ein Riegel vorgeschoben werden, etwa beim Gesundheitswesen oder dem Pflegebereich. Bei der Post sei die Privatisierung jedenfalls schief gelaufen. Zu einem massiven Qualitätsverlust für die Bürger sei es auch beim öffentlichen Verkehr gekommen. Er warne vor einer Privatisierung des Flughafens.

Dritter Präsident Alfredo R o s e n m a i e r (SP) sprach von einem „heiklen Thema“. Man müsse sich genau überlegen, wann und wo Privatisierung sinnvoll sei. Zentrale Faktoren in der Daseins-Vorsorge seien keine reinen Dividendenbringer und dürften nicht in Frage gestellt werden. Der Steuerzahler habe für die Verluste gerade zu stehen, während die Gewinne privatisiert würden. Privatisierungen machten Reiche nur reicher und brächten den Arbeitnehmern nichts. Die österreichische Kernaktionärsstruktur müsse nachhaltig gesichert werden.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) meinte, in Hainburg gehe es um die Schicksale Hunderter Arbeitnehmer und darum, für sie etwas zu tun. Es gehe um die Einbettung in eine solidarische Gemeinschaft, auf die man sich in Niederösterreich verlassen könne. Landesrätin Schwarz und Landeshauptmann-Stellvertreter Sobotka

hätten sofort die Initiative ergriffen, die SP habe dagegen nur den parteipolitischen Streit gesucht und den Arbeitnehmern nicht geholfen.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl (FP) führte aus, zuviel Staat könne genauso schaden wie zu wenig Staat. Die Politik sollte immer den Weg der Mitte suchen. Politik heiße umverteilen, dabei gehe es aber immer um Steuergeld und sozial gerechte Lösungen. Auch die Privatisierungen seien eine Frage der sozialen Ausgewogenheit. Mit Parteimanagern in den Vorständen müsste aber endlich Schluss sein.

Klubobmann Mag. Klaus Schneeburger (VP) sprach in diesem Zusammenhang von einem „Höhepunkt des dirty campaigning“, seitens der SP würden an diesem Tag Unwahrheiten in den Raum gestellt werden.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Ing. Johann Hofbauer, VP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Bericht des Rechnungshofes über Zahlungsflüsse zwischen Ländern und Gemeinden am Beispiel der Sozialhilfe im engeren Sinn in Niederösterreich und Oberösterreich (Reihe Niederösterreich 2011/4).**
- **Bericht des Rechnungshofes über Kosten der Kontrolle – Operationelles Programm, Beschäftigung in Österreich 2007 bis 2013; Wasserverband Rohrau, Petronell, Scharndorf, Höflein; Stadtgemeinde Baden, Follow-up-Überprüfung; Finanzierung und Kosten von Leistungen in Spitalsambulanzen und Ordinationen (Reihe Niederösterreich 2011/5).**
- **Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 10 der XVII. Gesetzgebungsperiode.**

Abgeordneter Erich Königberger (FP) ging unter anderem auf die Kritik des Rechnungshofs im Wirtschafts- und Sozialbereich ein und hielt zudem fest, dass die

Zahl von Anonymverfügungen und Anzeigen zuletzt stark gestiegen sei. Für den sehr aufwändigen Vollzug habe es ebenso Kritik des Rechnungshofs gegeben. Von „unhaltbaren Zuständen“ sprach er im Zusammenhang mit der Ermittlung von Fahrzeuglenkern aus dem Ausland, hier müssten Änderungen herbeigeführt werden.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) befasste sich zunächst mit dem Thema der Zahlungsflüsse zwischen Ländern und Gemeinden am Beispiel Niederösterreich und Oberösterreich und hielt unter anderem fest, dass es im Bereich der Sozialhilfe bis zur Einführung der Mindestsicherung keine wirkliche Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern gegeben habe. Nach der Finanzierung der Pflege befasste sie sich mit dem Wasserverband Rohrau, Scharndorf, Höflein, bei dem es diverse Mängel, etwa im Bereich der Ausschreibungen, der Dokumentation oder auch der Beauftragungen gegeben habe. Diese Mängel seien nun weitgehend behoben, den Anregungen des Rechnungshofs sei nachgekommen worden. Man werde die Berichte zur Kenntnis nehmen.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) meinte, dass die steigenden Abgaben die Kommunen in Bedrängnis bringen würden, die Mindestsicherung dürfte hier zu einer weiteren Verschärfung führen, vor der seine Fraktion bereits gewarnt habe. Zahlungen an die Angehörigen von Drittstaaten seien sofort einzustellen. Kritik fand er für die teilweise Erhöhung von Bürgermeisterbezügen. Das Land Niederösterreich würde, wie Tauchner weiter festhielt, zu den „schwarzen Schafen“ bei der Nichterfüllung der Quoten im Behindertenbereich zählen. Zuletzt ging er auf den Bereich Familien ein und betonte, dass Streichungen und Reduktionen in diesem Bereich die Jugend und damit die Zukunft des Landes treffen würden. Daher gelte es, die niederösterreichische Schulstarthilfe wieder einzuführen und auch Studenten stärker zu unterstützen. Familien seien so stark belastet, dass ein NÖ Familienpaket verabschiedet werden müsse.

Abgeordneter Otto Kernstock (SP) gratulierte zunächst Rechnungshofpräsidentin Edith Goldeband zur gestern, 18. Mai, abgehaltenen Tagung der Landesrechnungshöfe und des Bundesrechnungshofes in St. Pölten. In der Folge befasste er sich mit dem Prüfbericht zum Gesundheitswesen bzw. Spitalsbereich und hielt fest, dass eine Kosteneindämmung nicht erreicht worden sei. Niederösterreich habe im Bundesländervergleich die geringsten Steigerungen im niedergelassenen Bereich. Laut Rechnungshof könnte die Übertragung von Nachbehandlungen von den Landeskliniken zu den Ärzten im niedergelassenen Bereich Einsparungen bringen. Die NÖ Landesregierung habe in ihren Stellungnahmen gegenüber dem Bundesrechnungshof bereits mehrmals betont, dass das Land erst mit 1. Jänner 2009 die Rechtsträgerschaft für alle Krankenhäuser in Niederösterreich übernommen habe und daher für die notwendigen Reformen noch Zeit brauche.

Abgeordneter Ing. Martin Huber (FP) berichtete zu den Um- und Ausbauarbeiten im Landespflegeheim Amstetten. Dies sei ein Vorzeigeprojekt in Niederösterreich, bei dem auch auf die Aus- und Weiterbildung der Angestellten im Landespflegeheim geachtet werde. Gerade im Bereich der Pflege habe das Land viele Initiativen gestartet, insbesondere nannte er die Ausbauoffensive für die Pflegeheime, betreutes Wohnen und die Pflege zu Hause. Wichtig sei, vor allem heimische Pflegekräfte einzusetzen.

Abgeordneter Hermann Hauer (VP) berichtete über die Einhebung der Strafgelder durch die Bezirkshauptmannschaften. Die Gesamtsumme der Strafgelder sei laut Rechnungshofbericht in den Jahren 2007 bis 2009 gleich geblieben und erst im Jahr 2010 angestiegen. Dabei sei im Jahr 2009 die Einhebung der Anonymverfügungen in den Bezirkshauptmannschaften automatisiert worden, was Einsparungen von 0,5 Millionen Euro in ganz Niederösterreich gebracht habe.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) erklärte, der Rechnungshof habe die Aufgabe, Mängel aufzuzeigen, um Verbesserungen zu ermöglichen. So hätten der NÖ Landesrechnungshof und das Kontrollamt in Wien den Biosphärenpark Wienerwald überprüft und die Einführung einer Kosten-Nutzen-Analyse bei verschiedensten Projekten urgiert. Überdies solle der Wasserverband Rohrau, Petronell und Höflein in Zukunft mehr Vergleichsangebote bei Projekten einholen.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) bezeichnete den Biosphärenpark Wienerwald als grüne Lunge für den „Speckgürtel“ rund um Wien. Der Erhalt des Wienerwaldes sei ein wichtiger Beitrag, um auch unseren Nachfahren ein Erholungsgebiet mit Lebensqualität bieten zu können. Überdies seien die Forderungen des Rechnungshofes für die Stadt Baden, einen Dienstpostenplan und eine Dienstzeitkontrolle für die Bediensteten einzuführen, bereits in Umsetzung.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) berichtete, dass die Stadt Baden eine Aus- und Weiterbildungsdatenbank für ihre Mitarbeiter eingerichtet habe. Neben der Beurteilung des Arbeitserfolges der Bediensteten gebe es in Zukunft auch Bestrebungen, die Amtsdruckerei und die Buchbinderei zu einem Betrieb zusammenzuführen. Überdies seien die Empfehlungen von NÖ Landesrechnungshof und Wiener Kontrollamt, ein Leitbild für den Biosphärenpark Wienerwald und ein Rahmenkonzept für die nächsten zehn Jahre zu erstellen, bereits umgesetzt worden. Alle drei Berichte wurden einstimmig zur Kenntnis genommen.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Aufhebung des Gesetzes über die Errichtung des Krankenanstaltenverbandes Korneuburg-Stockerau.**

Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) berichtete zu einem Antrag **betreffend Landeskrankenhaus St. Pölten, 2. Bauabschnitt – 2. Bauetappe, Gesamtausbau.**

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) bedankte sich bei den Mitarbeitern des Landeskrankenhauses St. Pölten für die hervorragenden Leistungen.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) meinte, das Ausbauprogramm der Landesklinikenholding laufe in vollen Zügen. Heute stehe ein weiterer historischer Beschluss im Landtag an. Nach Ende des Vollausbaus werde St. Pölten 2020 endgültig vom Schwerpunktkrankenhaus zum Zentralklinikum. Dementsprechend seien die Entmachtung der Orthopädie und die Übertragung des Primariats nach Krems nochmals zu überdenken.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) sprach ebenfalls von einem historischen Tag für das Land und die Region. Der Ausbau des Landeskrankenhauses St. Pölten habe mit insgesamt 510 Millionen Euro Hauptstadtdimensionen. Kostengünstig unter dem veranschlagten Rahmen in kürzerer Zeit und dennoch höchster Qualität zu bauen, sei nicht selbstverständlich. Mit diesem Projekt werde gezeigt, dass in Niederösterreich nicht am Patienten gespart werde. Auch das medizinische Personal sei hoch motiviert und stolz auf die erbrachten Leistungen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u. a. betreffend **Wirte-Sicherungspaket**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) eröffnete die Debatte: Das Wirte-Sicherungspaket solle den rund 9.000 Wirten unter die Arme greifen, die finanziellen Problemen ausgesetzt seien. Insbesondere nannte er die Erhöhung der Schanigartenabgabe, die bis zu 5.000 Prozent betrage. Der Landtag solle diese Grauslichkeit zurücknehmen, damit die Frequentierung der Ortszentren nicht noch mehr leide. Weitere Verunsicherungen seien die Bedrohung durch eine Sondersteuer

auf alkoholische Getränke sowie die mangelnde Rechtssicherheit in Bezug auf das Tabakgesetz.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) erläuterte die grüne Position: Die Sondersteuer auf alkoholische Getränke sei ein Potemkinsches Dorf. Die Erhöhung der Verbrauchsabgaben müsste nach einem Jahr evaluiert werden. Bei den Ortstaxen sei die Begrifflichkeit eine falsche. Die Diskussion um das Rauchverbot sei scheinheilig.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) betonte, die SP sei nicht für Verunsicherungskampagnen zu haben. Viele der Forderungen seien sehr populistisch und gingen an den eigentlichen Gründen für das Wirtshaussterben vorbei. Einzelne Gemeinden müsse man sich anschauen, das sei aber nicht Sache des Gesetzgebers. Für einen Schwachsinn wie das Gespenst Alkoholsteuer sei die SP ebenfalls nicht zu haben.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) sagte, Land und Wirtschaftskammer hätten viele Maßnahmen gesetzt, das Wirtshaussterben zu stoppen und die Wirtshauskultur anzukurbeln. Das Wirte-Sicherungspaket sei in Wahrheit ein Wirte-Verunsicherungspaket und stehe für das FP-Credo „Polemik statt Sachpolitik“. Der FP-Antrag sei Wasser auf die Mühlen jener, die für eine Abschaffung der Landtage seien. Die FP wolle die Wirte vor etwas schützen, was gar nicht existiere. Zudem verrechneten die meisten Gemeinden gar nicht die Höchstsätze. Abschließend sprach er von einem schlecht recherchierten Antrag sowie von Großspurigkeit.

Der auf Ablehnung lautende Antrag wurde mit den Stimmen von VP, SP und Grünen angenommen.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Hafenecker u.a. betreffend **NEIN zu einem Bundesheer-Battlegroup-Einsatz in Libyen**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) führte aus, dass sich die Battlegroup nicht mit der österreichischen Neutralität vereinbaren lasse. Der NÖ Landtag sei bei der Wehrpflichtdiskussion mutig gewesen, bei der Neutralität sollte es sich ebenso verhalten. Die FP spreche sich klar für das österreichische Bundesheer aus, „Abenteuer“ in Nordafrika seien nicht nötig.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) betonte, es sei anzunehmen, dass die Entscheidungsfindung im vorliegenden Fall gut abgesichert sei, der Hauptausschuss des Nationalrates habe bisher lediglich der Entsendung zweier Stabsoffiziere zugestimmt und müsse vor weiteren Entscheidungen neu befasst werden. Es werde daher sorgsam mit der Thematik umgegangen. Humanitäre Hilfe gelte es zu planen, vorzubereiten und zum richtigen Zeitpunkt einzusetzen.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) merkte an, dass die internationale Zusammenarbeit sich nach dem Grundsatz der Solidarität richte und Österreich auch im Hinblick auf Libyen ein solidarischer Partner sei. Österreich könne von Fall zu Fall entscheiden, und für neutrale Staaten gebe es ein breites Betätigungsfeld. Die SP würde den Weg der eingeschlagenen internationalen Solidarität unterstützen.

Abgeordneter Ing. Andreas P u m (VP) meinte, dass im Mittelpunkt die Sicherung des Transports, die Evakuierung von Vertriebenen und dergleichen stehe. Die EUFOR Libyen bestehe, sei aber nicht im Einsatz, man solle nicht jetzt schon Schwarzmalerei betreiben, sondern zeigen, dass man vorbereitet sei. Die Devise laute „Im Notfall einsatzbereit“. Ein Einsatz sei bis dato nicht eingefordert, Vermutungen über kriegerische Tätigkeiten seien ins Leere gehende Behauptungen. Der auf Ablehnung lautende Antrag wurde mit den Stimmen von VP, SP und Grünen angenommen.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 des Abgeordneten Maier betreffend **Sicherstellung der ÖBB-Infrastruktur, auf der das Land NÖ Verkehrsdienste bestellt.**

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) brachte gemeinsam mit den FraktionskollegInnen einen **Abänderungsantrag** betreffend langfristige Absicherung aller derzeit in Niederösterreich noch betriebenen Nebenbahnstrecken durch Zusage des Landes Niederösterreich, im Falle der Betriebseinstellung einer Strecke durch die ÖBB, diese durch die NÖVOG weiter zu betreiben.

Abgeordneter Ing. Johann H o f b a u e r (VP) stellte die Frage in den Raum, wo die Verantwortung der SP in Wirtschaftsfragen bleibe und konstatierte, dass die SP die Verantwortung für Niederösterreich verleugne. Er kritisierte, dass durch die Schließung der Verladebahnhöfe bis zu 5.600 zusätzliche Lkw pro Tag unterwegs seien. Besonders die Firmen Egger und Agrana seien von dieser Entwicklung negativ betroffen und hätten Wettbewerbsnachteile zu befürchten.

Abgeordneter Amrita E n z i n g e r (G) meinte, der Verkehrsdienstleistervertrag zwischen den ÖBB und dem Land Niederösterreich müsste dringend abgeschlossen werden. In diesem Zusammenhang forderte sie mehr Transparenz bei den Verhandlungen.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) meinte, das Land Niederösterreich habe viele Nebenbahnen eingestellt, und die ÖBB schließe sukzessive die Verladebahnhöfe. Durch diese Entwicklung würden immer mehr Güter von der Schiene auf die Straße verlagert. Mittlerweile könne man in St. Pölten auf Grund der Verlagerung des Logistikzentrums keine Stückgutfracht mehr aufgeben.

Zweiter Präsident Mag. Johann H e u r a s (VP) meinte, die ÖBB beabsichtige, mehrere Strecken einzustellen. Überdies würde die ÖBB jährlich 1,3 Milliarden Euro vom Steuerzahler zur Aufrechterhaltung des Schienenbetriebs erhalten. Hingegen

investiere das Land 117 Millionen Euro in die Mariazellerbahn. Das Land Niederösterreich könne aber keine Garantie für alle „von den ÖBB heruntergewirtschafteten Bahnstrecken“ übernehmen. Mittlerweile sei der Verkehrsdienstleistervertrag unterschriftsreif und umfasse 23 Millionen Zugkilometer in Niederösterreich inklusive Qualitätskriterien wie beispielsweise Pünktlichkeit der Zugverbindungen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Der Abänderungsantrag des Abgeordneten Razborcan wurde abgelehnt.

Es folgte eine Debatte über die **Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Razborcan an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Privatisierung des Flughafens Wien.**

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) kritisierte die Anfragebeantwortung betreffend der Privatisierung des Flughafens Wien als „zu wenig ausreichend“. In diesem Zusammenhang brachte er gemeinsam mit Abgeordnetem Waldhäusl einen **Resolutionsantrag** betreffend „Gegen einen Verkauf der Anteile des Landes Niederösterreich an der Flughafen Wien AG“ ein.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, eine Beantwortung dieser Anfrage sei schwierig, da es sich beim Flughafen Wien-Schwechat um eine Aktiengesellschaft handle und ein spezieller Syndikatsvertrag mit der Stadt Wien bestehe. Neben Überlegungen, wie man mit Eigentum strategisch sinnvoll umgehe, seien aber auch die Frauenquote bei den Beschäftigten des Flughafens und der Anrainerschutz wichtig.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, den Flughafen solle man aus strategischen Gründen nicht privatisieren. Beim Management seien aber Veränderungen notwendig.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Absicherung der Zukunft der Flughafen Wien AG. Der Flughafen Wien sei ein wichtiger international positionierter Leitbetrieb in Niederösterreich.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte zum Resolutionsantrag des Abgeordneten Riedl: „Egal wo, ein Eigentümerversorger wird immer nach dem Partikularinteresse handeln.“

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) sagte zum VP-Antrag, die VP müsse sich bekennen, ob sie für oder gegen eine Privatisierung sei. Dass 50 Prozent in öffentlicher Hand seien, sei gut.

Bei der folgenden Abstimmung blieb der Resolutionsantrag der Abgeordneten Razborcan und Waldhäusl in der Minderheit, während der Resolutionsantrag des Abgeordneten Riedl die Mehrheit von VP, SP und FP fand.

Schluss der Sitzung!